



Ausgabe: April 2021

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	4
2.1 Bundesgericht	4
2.2 Kantonale Entscheide	5
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	5
3. Neue Volksinitiativen	5
4. Publikationen	5
5. Dokumentation und Kontakt	7



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

NZZ 31.03.2021, S. 5

So hat Peking das Wahlrecht in Hongkong entdemokratisiert – Bisher stellten direkt gewählte Abgeordnete die Hälfte der Vertreter in Hongkongs Parlament. Neu sind es nur noch etwas mehr als ein Fünftel – und sie werden vorher von Peking geprüft. Weitere Mechanismen verbannen Pro-Demokraten aus der Politik. ([Link](#))



01.04.2021

Der Diskurs der Dauerbeleidigten – Die «identitäre Linke» bedrohe die Demokratie, findet die französische Feministin Caroline Fourest – und wird dafür allseits gefeiert. ([Link](#))



01.04.2021

Der Totalitarismus lauert überall – Max Imboden warnte 1963 vor der Bedrohung der Freiheit von aussen und innen. Seine Analyse könnte aktueller nicht sein. ([Link](#))

NZZ 03.04.2021, S. 9

Ein Trick soll Auslandschweizern in der Ferne helfen – erhalten sie ihre Stimmcouverts schon bald per Diplomatenpost? – Nicht selten treffen die Unterlagen für Abstimmungen und Wahlen bei Auslandschweizern zu spät ein. Nun bahnt sich eine neue Lösung an. ([Link](#))

TAGBLATT 07.04.2021

Alt-Bundesrat Arnold Koller äusserte sich jahrelang nicht zur Tagespolitik, beim Rahmenabkommen macht er eine Ausnahme: «Es steht sehr viel auf dem Spiel» – Arnold Koller war CVP-Bundesrat von 1987 bis 1999, zu jener Zeit also, als über den EWR abgestimmt und der bilaterale Weg aufgegleist wurde. ([Link](#))

NZZ 09.04.2021, S. 9

Kein Machtwort aus Lausanne: Wie stark sich Kirchen in Abstimmungskämpfen engagieren dürfen, bleibt unklar – Das Bundesgericht schreibt die Abstimmungsbeschwerden der Jungfreisinnigen zur Konzernverantwortungsinitiative ab. Sie hatten das Engagement der Kirchen im Abstimmungskampf beanstandet. ([Link](#))

NZZ 13.04.2021, S. 21

Entscheide in der Pandemie: Gewerbepolitiker wollen die Macht des Gesundheitsministers eindämmen – Der Gewerbeverband plant eine Serie von Vorstössen für «mehr Demokratie» im Pandemiemanagement. Zu den genannten Stichworten zählen ein breiter Führungsstab, ein Ausschuss des Bundesrats und der Einbezug einer Parlamentsgruppe. ([Link](#))



- NZZ** 14.04.2021 (*nur online*)
Wer reden will, muss zuerst fragen: Verstösst die Universität Bern gegen die Wis-
senschaftsfreiheit? – Die Universität Bern legt klar fest, was ihre Professorinnen
und Professoren öffentlich sagen dürfen und was nicht. Staatsrechtler halten das
für bedenklich. ([Link](#))
- NZZ** 15.04.2021, S. 15
Sahra Wagenknecht: «In einer Demokratie muss man zur Grundlage nehmen,
was die Menschen wollen, und nicht, was einige hippe Weltbürger schön finden»
– Identitätspolitik hält sie für kontraproduktiv, offene Grenzen für gefährlich und
den Nationalstaat für unentbehrlich. Mit ihrem neuen Buch schreckt die deutsche
Linken-Politikerin ihre Parteikollegen auf. Sie richte ihre Überzeugung nicht da-
nach aus, was ihr Umfeld von ihr erwarte, sagt Wagenknecht im Gespräch. ([Link](#))
- NZZ** 16.04.2021, S. 10
Alle gegen die FDP – Grünliberale, Grüne und Mitte haben es auf den zweiten
Bundesratssitz der Freisinnigen abgesehen. Nun macht auch die SVP Druck. Was
hat sie davon? ([Link](#))
- NZZ** 17.04.2021, S. 37
Wer ist souverän – das Volk oder das Recht? Die Vordenker der amerikanischen
Verfassung haben bei Cicero gelernt, was eine Republik ist – Die Verfassung
steht über dem Gesetz. Aber auch die höchsten Normen sollten von der Zustim-
mung des Volks abhängen. Ohne das Vorbild des antiken Rom wäre die ameri-
kanische Bundesverfassung von 1788 nicht denkbar. ([Link](#))
- NZZ** 20.04.2021, S. 18
Das Rahmenabkommen kann ein Gewinn für Demokratie und Souveränität sein
– Unabhängig von der Zukunft des Rahmenabkommens ist im Verhältnis Schweiz
- EU die Demokratie zu gewährleisten. Die Souveränität der Schweiz – also das
letzte Wort des Volkes bei der Übernahme von EU-Recht – ist dabei zu wahren.
Das Rahmenabkommen ermöglicht dies. ([Link](#))
- WIZ** 22.04.2021
Wir, das Volk – Nach der spektakulären Abwahl von Präsident Trump steht in den
USA die Demokratie selbst im Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Nicht
zum ersten Mal. Der Kampf um Bürgerrechte ist ein fester – und rassistisch ge-
färbter – Bestandteil der Geschichte dieser Willensnation. ([Link](#))
- NZZ** 24.04.2021, S. 7
Es geht immer gleich um Leben oder Tod der Demokratie – Das Wahlrecht ist in
der hyperpolarisierten amerikanischen Politik zum Spielball geworden. Sind die
Republikaner wirklich daran, der Demokratie das Grab zu schaufeln, wie die De-
mokraten behaupten? ([Link](#))



NZZ 27.04.2021, S. 18

Wer wirklich die oberste Gewalt im Bund ist – In der Debatte um die Legitimation von politischen Entscheiden in der Pandemie geht oft vergessen: Die Verwaltung ist zu einem erheblichen Machtfaktor geworden. Sie steht am Anfang und Ende jedes Entscheids, ob dieser nun im Parlament oder im Bundesrat gefällt wird.
([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 4. März 2021 ([1F 41/2020](#))

Revisionsgesuch zum Urteil [1C 543/2020](#) – Volksabstimmung zur Begrenzungsinitiative – Das Bundesgericht tritt nicht auf das Revisionsgesuch ein.



Verfügung des Bundesgerichts vom 23. März 2021 ([1C 627/2020](#))

Volksabstimmung Konzernverantwortungsinitiative – Interventionen von Landeskirchen im Abstimmungskampf – Das Bundesgericht sieht kein aktuelles praktisches Interesse, da die Interventionen sich nicht auf das Abstimmungsergebnis ausgewirkt haben, behält sich jedoch ausdrücklich eine eingehende Prüfung für ähnlich gelagerte Fälle vor, bei denen sich die Interventionen tatsächlich auf das Ergebnis auswirken – Das Bundesgericht schreibt die Beschwerden als gegenstandslos ab.



Urteil des Bundesgerichts vom 23. März 2021 ([1C 713/2020](#))¹

Volksabstimmung Konzernverantwortungsinitiative – Die Beschwerdeführenden rügen eine Unvereinbarkeit des Ständemehrs mit den Grundprinzipien der Demokratie sowie eine Verletzung von Art. 34 Abs. 2 BV durch die Abstimmungserläuterungen und durch Äusserungen von Bundesrätin Keller-Sutter – Das Bundesgericht erwägt, ob die allgemeine Informationslage im Vorfeld einer Abstimmung auch bei einer ordentlichen Abstimmungsbeschwerde i.S.v. Art. 77 Abs. 1 lit. b BPR zum Verfahrensgegenstand gemacht werden kann und verneint dies schliesslich im Hinblick auf die Verwirkungsfrist in Art. 77 Abs. 2 BPR – Das Bundesgericht tritt nicht auf die Beschwerden ein.



Urteil des Bundesgerichts vom 25. März 2021 ([1C 427/2020](#)) (franz.)

Gültigkeit einer kommunalen Volksinitiative – Der Beschwerdeführer macht diverse Verletzungen des übergeordneten Rechts durch die Initiative, namentlich der Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 BV) und der Eigentumsgarantie (Art. 26 BV), geltend – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.

¹ Zur Publikation vorgesehen.



Urteil des Bundesgerichts vom 26. März 2021 ([1C 7/2021](#))

Volksabstimmung in der Stadt Zürich vom 27. September 2020 über das Hardturm-
Stadion – Der Beschwerdeführer macht in Bezug auf die Besetzung des Bezirksrats
bei Beurteilung seines Stimmrechtsrekurses eine Verletzung von Art. 30 Abs. 1 BV
geltend – Das Bundesgericht erkennt auf eine Verletzung von Art. 29 Abs. 1 BV
und heisst die Beschwerde gut, soweit es darauf eintritt.



Urteil des Bundesgerichts vom 1. April 2021 ([1C 43/2020](#))²

Änderung des Gesetzes über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz
des Kantons Zug (abstrakte Normenkontrolle) – Die Beschwerdeführenden ma-
chen eine Verletzung von Art. 78 Abs. 1 BV sowie von völkerrechtlichen Schutz-
pflichten der Schweiz auf dem Gebiet des Denkmalschutzes – Das Bundesgericht
heisst die Beschwerde teilweise gut.

2.2 Kantonale Entscheide

keine

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

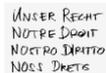
3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen³

- Initiativen im Sammelstadium ([12](#)) (0)
- In Auszählung ([0](#)) (0)
- Beim Bundesrat hängig ([6](#)) (0)
- Beim Parlament hängig ([7](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([3](#)) (-1)

4. Publikationen



CONINX ANNA, PMT – Grundlagen und Kritik, Unser Recht vom 9. April 2021
([Link](#))



FÄSSLER DAVID, Die Aufhebung einer eidgenössischen Volksabstimmung, Eine
Betrachtung zu [BGE 145 I 207](#), AJP 2021, S. 486 ff. ([Swisslex](#))

² Zur Publikation vorgesehen.

³ Stand 30.04.2021.



LeGes GFELLER KATJA/GLASER ANDREAS/LEHNER IRINA, E-Collecting: Umsetzungsvarianten und Rechtsetzungsbedarf, LeGes 32 (2021) 1 ([Link](#))

ZBI Schweizerisches
Zentralblatt
für Strafrecht und
Völkerrecht GLASER ANDREAS, Bundesgericht, I. öffentlich-rechtliche Abteilung, 7. Oktober 2020, [1C_105/2020](#) und 1C_129/2020; zur Publikation in der amtlichen Sammlung vorgesehen (Entscheidbesprechung), ZBI 122/2021, S. 226 ff. ([Swisslex](#))



INTER-PARLIAMENTARY UNION, Youth participation in national parliaments, Le Grand-Saconnex/Genf 2021 ([Link](#))



MAHON PASCAL, L'extension du référendum obligatoire sur les traités : une fausse bonne idée ?, Jusletter vom 19. April 2021 ([Jusletter](#))



MOHLER MARKUS, PMT-Gesetz: Wichtige Bestimmungen sind weder verfassungs- noch EMRK-konform, sui generis 2021, S. 135 ff. ([Link](#))



PFISTERER THOMAS, Ein Plus für die Demokratie, Minimalstandard für die Mitsprache von Parlament und Volk beim Rahmenabkommen oder bei weiteren Verträgen mit der EU, Zürich 2021 ([Link](#))



TEREKHOV ARTUR, Notverordnungen sind zu befristen, Plädoyer 02/2021 ([Link](#))



ZUMSTEG PATRICE MARTIN, Das geplante Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) – Verfassungsgrundlage und Verfahrensrecht, sui generis 2021, S. 125 ff. ([Link](#))



5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley
Tonia Graf, BLaw